


 HESSEN ENGAGIERT  
GEGEN FGM

# Save the Date !

## Zweite Online-Fachveranstaltung

Prävention und Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung nachhaltig verankern:  
Beratungspraxis, Politik und Verwaltung im Dialog

**8. Dezember 2021 | 15:30 bis 18:30 Uhr**

In der Diskussion zwischen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Beratung soll deutlich werden, welche Erfahrungen und Herausforderungen in der Beratungspraxis bestehen und wie Beratung und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind, durch gezieltes Handeln im politischen Raum gestärkt und unterstützt werden kann. Dabei werden Erkenntnisse und Lernerfahrungen aus der Beratung gebündelt, Erfolge und Probleme aufgezeigt, Forderungen und Appellen Gehör verliehen und konkrete Empfehlungen abgeleitet. **Es diskutieren**

### aus der Beratungspraxis:

- Vertreter\*in einer Beratungsorganisation
- Vertreter\*in aus der Arbeit mit Geflüchteten
- Fachanwält\*in für Asylrecht
- Gynäkolog\*in

### Fragen | Themenkomplexe:

Wie kann ein niedrigschwelliges, qualifiziertes und kultursensibles Beratungsangebot sichergestellt werden? | Welche Herausforderungen bestehen bei der Erstellung von Gutachten und der anwaltlichen Beratung von betroffenen Frauen und Mädchen? | In welchen Bereichen ist politische Unterstützung nötig? Appelle und Forderungen.

Die virtuelle Podiumsdiskussion wird durch Kurzipulse aus der Praxis angeregt. Teilnehmer\*innen können Fragen / Anregungen über die Chatfunktion einbringen.  
Wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog!

Die Fachveranstaltung wird über ein gängiges, leicht anwendbares Online-Konferenztool durchgeführt | Weitere Informationen zur Anmeldung, zu technischen Voraussetzungen und Zugangsmodalitäten erhalten Sie mit der Einladung, die Ihnen **Mitte Oktober 2021** zugeht | Die Teilnahme an der Fachveranstaltung ist kostenfrei und wird vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration finanziert | Die Zertifizierung der Veranstaltung durch die Landesärztekammer und den hessischen Hebammenverband wird beantragt.

### aus Politik, Verwaltung und Verbandswesen:

- Vertreter\*in des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration
- Vertreter\*in des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Vertreter\*in Bundespolitik
- Vertreter\*in des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
- Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe

### Fragen | Themenkomplexe:

Wie können Erfahrungen, Appelle und Forderungen aufgenommen und in die politische Agenda eingespeist werden? | Welche Spielräume und Grenzen bestehen bei der Anhörungs- und Entscheidungspraxis des BAMF? | Wie kann das Thema FGM in der medizinischen Ausbildung und im Gesundheitswesen strukturell verankert werden?